

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
151 · Ausgabe SO · Januar 2015



NEIN-KAMPAGNE UNTERSTÜTZEN

Es gibt noch viel zu tun!

Niklaus
Wepfer,
Partei-
sekretär

Liebe Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten

In dieser Ausgabe informieren wir ausführlich über die kantonalen Abstimmungsvorlagen, über welche am 8. März entschieden wird. Beide Vorlagen sind für die SP sehr wichtig: Zum einen geht es darum mit einem JA zur Variante II beim Wirtschafts- und Arbeitsgesetz den Anfang einer 24-h-Gesellschaft zu verhindern (Seite 10), zum anderen wollen wir uns für über 6000 Haushaltungen einsetzen, denen bei einer Kürzung der Prämienverbilligung um 7 Millionen Franken das finanzielle Fiasko droht (Seite 11).

Jetzt brauchen wir alle! Bitte helft mit, dass die Änderung des Sozialgesetzes, die Kürzung der Prämienverbilligung an der Urne abgelehnt wird. Was können Mann und Frau tun? Leserbriefe schreiben, Flyer bestellen und verteilen, Bekannte-Verwandte-Nachbarn-Freunde-ArbeitskollegInnen usw. vom Nein überzeugen. Jeder und jede kennt irgendeine Familie, die davon betroffen wäre. Wir wollen verhindern, dass die gescheiterte Finanzpolitik der Bürgerlichen von jenen ausgedatet werden muss, die ohnehin knapp dran sind. Vielen Dank für die Unterstützung. Weitere Informationen www.sp-so.ch.

RotRechtsBraunLinksMitteGelb- ParteilosGrünBlau: Je suis Charlie!

2015 ist Wahljahr. Mein Name steht auf keiner Liste. Obwohl ich politisch aktiv bin, stehe ich zur Aussage, dass Parteipolitik nicht auf allen Ebenen sinnvoll ist. Wo stehe ich? Was ist mir wichtig, wie finde ich meine Anerkennung, meinen Austausch mit meiner Umgebung – persönlich, privat, beruflich und politisch? Das Böse sprengt Grenzen, genauso wie das Gute. Abgrenzungen (wie Einteilung, Kategorisierung, Klassifizierung) von Menschen sind langfristig nie eine Lösung. Wer Abgrenzungen verteidigt ist unflexibel. Die Geschichte zeigt: Nachhaltig erfolgreich ist, wer we-

niger abgrenzt. Dies lässt mich hoffen, wenn ich heute nach Frankreich schaue. Es gibt mir die Kraft positiv in die Zukunft zu sehen, nicht nur zu fordern, sondern Verantwortung zu übernehmen und Stein für Stein abzubauen für eine Gemeinde und eine Region mit weniger Abgrenzungen – auch wenn manchmal einer dieser Steine auf einen Zeh fällt. Trotz schmerzenden Zehen: Ich bin frei, das ist mein Grundrecht. Freiheit hört dort auf, wo ich sie einem anderen wegnehme, dort, wo ich die Norm, das Wertesystem nicht respektiere! Freiheit im Kopf, mit dem Körper, in meinem Handeln. Meine grösste Freiheit habe ich aber darin, meine Freiheit individuell zu

leben – und so werde ich unweigerlich überheblich und anmassend, bis mich ein Stein auf meinem Zeh wieder zur Neuorientierung führt. Eine Erfahrung, die nicht allen bewusst ist – erst recht nicht, wenn sie schon zu lange auf demselben Sessel kleben. 2015 ist Wahljahr: Schön, wenn Politiker mit Weitsicht und nicht politische Farben und Zugehörigkeiten gewählt werden. Schön, wenn auch du dich zum Widerstand gegen Überheblichkeit und Abgrenzung bekennt. Deshalb freue ich mich mit vielen anderen über die Kandidierenden, die sich über Kantons- und Kantonsgrenzen für andere, für die Schweiz, aber auch den Kanton Solothurn einsetzen.

MEIN STAND- PUNKT

Gabriella Kaufmann,
Gemeindevizepräsidentin
in Biberist
[gabriellakaufmann@
hotmail.com](mailto:gabriellakaufmann@hotmail.com)



OPEN

Wollen wir einen

24 HRS Verkauf rund um die Uhr?

MIT DEM NEUEN WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSGESETZ (WAG) FASST DER KANTON SOLOTHURN EINE GANZE REIHE VON GESETZEN UND VERORDNUNGEN ZUSAMMEN UND REDUZIERT DIE REGULUNGSDICHTE IN DIESEM BEREICH UM ÜBER DIE HÄLFTE. ENTSTANDEN IST EIN ÜBERSICHTLICHES UND LOGISCH AUFGEBAUTES GESETZ. TROTZDEM KONNTEN NEUE REGULUNGSWÜRDIGE BEREICHE WIE DIE SEXARBEIT, DIE PREISBEKANNTGABE ODER DAS THEMA DER RISIKOSPORTARTEN INS GESETZ INTEGRIERT WERDEN. ZUDEM SOLLEN NEU TAKE-AWAY- UND IMBISSBETRIEBE DEN BESTIMMUNGEN DES GASTGEWERBES UNTERWORFEN WERDEN. AUCH DIE WIEDEREINFÜHRUNG EINES NACHWEISES ÜBER MINIMALE FACHLICHE ANFORDERUNGEN FÜR GASTWIRTE FINDET WIEDER DEN WEG INS GESETZ.

Sexgewerbe «normalisieren»

Das neue WAG stösst denn auch grundsätzlich auf breite Zustimmung. Nur zwei Themen haben im Vorfeld Anlass zu kontroversen Auseinandersetzungen gegeben. Das Thema Sexarbeit wird im Kanton erstmals und relativ schlank und pragmatisch abgehandelt. Im Vordergrund stehen dabei die Bemühungen, das Sexgewerbe als Gewerbe zu «normalisieren», wobei dem Schutz der Sexarbeiterinnen und der Prävention ein besonderes Gewicht beigemessen wird. Die Betriebsinhaber und die Kunden werden stärker in die Pflicht genommen, auch wenn Umsetzung und Kontrolle nicht einfach sein werden. Wie weit das gelingt, ohne die betroffenen Sexarbeiterinnen weiter in die Illegalität zu treiben, wird sich noch weisen müssen. Sonst wird gesetzgeberisch nachzubessern sein. Aber weder ein Totalverbot der Prostitution noch ein Verzicht auf Regelungen sind bessere Alternativen.

Ladenöffnungszeiten:

SP sagt nein zur Ausdehnung

Das zweite weitaus stärker umstrittene Thema betrifft die neuen Rahmenbedingungen für die Ladenöffnungszeiten. Dem Volk werden dabei zwei Varianten zur Abstimmung vorgelegt. Beide Varianten schaffen die Voraussetzungen für längere Ladenöffnungszeiten. So sollen in jedem Fall die Geschäfte am Samstag im ganzen Kanton bis 18 Uhr offen sein können. Am Sonntag sollen Bäckereien, Blumenläden und neu

auch Lebensmittelgeschäfte (allerdings nur Familienbetriebe) einheitlich von 8 bis 18 Uhr öffnen dürfen. Während der Woche unterscheiden sich die beiden Varianten hingegen deutlich. Während die Variante 1 eine Ausdehnung der Öffnungszeiten bis um 20 Uhr vorsieht, ohne die Möglichkeit eines weitergehenden Abendverkaufs, bleibt die Variante 2 bei der heutigen Regelung bis 18.30 Uhr mit einem Abendverkaufstag. Die SP-Fraktion hat sich generell gegen die Erweiterungen der Öffnungszeiten gewehrt. Wir sind überzeugt, dass die heutigen Ladenöffnungszeiten ausreichen. Sie genügen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die verlängerten Sonntagsöffnungszeiten haben wir im Sinne eines Kompromisses schliesslich akzeptiert. Nicht akzeptieren wollen wir weiterhin die Verlängerung während der Woche bis 20 Uhr. Diese geht nämlich zu Lasten der angestellten Verkaufskräfte und beeinträchtigt für diese die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv.

Schritt in Richtung

24-Stunden-Gesellschaft

Was bewirken die längeren Öffnungszeiten nämlich? Unter der begründeten Annahme, dass diese keinen Wachstumsschub erzeugen, steigt bei längeren Öffnungszeiten der Druck auf kleine familiäre Unternehmen deutlich. Sie werden sich dieser Ausdehnung kaum entziehen können, sollten die grossen Handelsketten diese nutzen. Sie werden

Markus Ammann,
Kantonsrat aus Olten
ammann.markus@
bluemail.ch

Die SP-Fraktion hat sich generell gegen die Erweiterungen der Öffnungszeiten gewehrt.

mehr Aufwand und Arbeit haben, ohne dies mit zunehmenden Einnahmen kompensieren zu können. Profitieren werden die grossen Detailhändler, die flexibler reagieren und mit dem zusätzlichen Umsatz die höheren Personalkosten eher wettmachen können. Leidtragende werden, neben den Kleinbetrieben, generell die Verkaufsangestellten sein, ganz besonders solche mit Familie. Sie kommen am Samstagabend wohl häufiger erst gegen 19 Uhr, während der Woche erst weit nach 20 Uhr nach Hause! Die Verlängerung der Öffnungszeiten ist unnötig und ein weiterer Schritt in Richtung 24-Stunden-Gesellschaft. Der Vorteil von etwas mehr Einkaufsfreiheit ist ein geringer Mehrwert gegenüber den grossen nachteiligen Konsequenzen für Familien, Angestellte und Kleinbetriebe.

JA zum WAG – JA zur Variante II – NEIN zur Variante I

Das neue WAG scheint grundsätzlich gelungen. Wir sind aber froh, dass die Solothurner Bevölkerung mit einer Variantenabstimmung zu den Ladenöffnungszeiten klar Stellung beziehen kann. Und wir sind überzeugt, dass mit der Annahme der Variante 2 zum Ausdruck kommt, dass eine schonende Anpassung der Öffnungszeiten an die heutigen Bedürfnisse unter weitgehender Wahrung der Interessen der Angestellten und Familien gewünscht ist. Ein Zeichen, das auch mit Blick auf zukünftige Bundesregelungen besonders wichtig sein wird.

AM 8. MÄRZ 2015 KÖNNEN DIE STIMMBERECHTIGTEN ÜBER DIE KÜRZUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG ABSTIMMEN. DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT DES KANTONS RATS WILL 7 MILLIONEN FRANKEN AUF DEM BUCKEL DES UNTEREN MITTELSTANDES SPAREN. DARUM HAT DIE SP MIT DEN GRÜNEN UND DEM GEWERKSCHAFTSBUND ERFOLGREICH DAS REFERENDUM ERGRIFFEN.

NEIN zur Kürzung der Prämienverbilligung

Die Prämienverbilligung wurde eingeführt, damit die ungerechte Kopfprämie (jeder bezahlt die gleiche Prämie, unabhängig von seinem Einkommen) und damit verbunden die hohe Belastung durch die Krankenkassenprämie etwas abgeschwächt werden kann. Sie hat sich als zielgerichtetes, wirksames und nachhaltiges Instrument bei der Entlastung von Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bewährt. Die Jahr für Jahr steigenden Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget stark. Das vom Bundesrat angestrebte Ziel, dass die Prämien nicht mehr als 8 % des Budgets ausmachen dürfen, wird im Kanton Solothurn schon seit mehreren Jahren verfehlt. Die gesamten Gesundheitskosten machen einen noch grösseren Anteil aus. Daher verwundert es nicht, dass die steigenden Krankenkassenprämien den Menschen grosse Sorgen bereiten. Seit Jahren setzt sich die SP im Kantonsrat (leider erfolglos) dafür ein, dass der Kantonsbeitrag erhöht werden soll, letztmals tat sie es 2011 sogar mit einer Volksinitiative (Zustimmung 42 %).

Den Reichen geben und den anderen nehmen – nicht mit uns!

Der bürgerlich dominierte Kantonsrat hat in den letzten Jahren mehrmals mit Steuerentlastungen für die Reichen absichtlich die Einnahmen reduziert. Dies trotz den zusätzlich vom Bund auf den Kanton abgewälzten Aufgaben, welche der Kanton neu selbst finanzieren muss. Dies führte dazu, dass wir jetzt da sind, wovon die SP seit Jahren gewarnt hat – der Kanton hat «zu wenig» Geld! Nun soll gespart werden, indem man verschiedenste Aufgaben und Angebote abbaut oder kürzt. Dies vor allem zu Lasten der Familien, Kinder, älteren Mitmenschen und der Umwelt. Der grösste Betrag soll bei der Prämienverbilligung eingespart werden. Neu soll der Kantonsbeit-

rag nur noch 70 % und nicht mehr 80 % des Bundesbeitrags betragen. Dies hätte zur Folge, dass rund 6000 Haushalte beziehungsweise 14 % der bisherigen Bezüger diese wichtige Entlastung vorenthalten bleibt. Bisher konnte es sein, dass bis zu einem Einkommen von 80000 Franken ein Beitrag ausbezahlt wurde, neu wird die Bezugsgrenze bei 50000 Franken sein. Bei den ganz tiefen Einkommen und bei Menschen mit Sozialhilfe oder Ergänzungsleistung wird die gestiegene Krankenkassenprämie weiterhin bezahlt. Dies ist auch richtig so. Aber dies bedeutet, dass insgesamt noch weniger Geld für den unteren Mittelstand zur Verfügung steht. Dort wird es viele Familien treffen, die dann weniger Geld zur Verfügung haben (siehe Beispiele Tabelle).

Dieses Geld wird im knappen Haushaltsbudget fehlen. Unvorhergesehene Ausgaben (z.B. Selbstbehalt bei Krankheitskosten, Zahnarztrechnungen) können gar nicht mehr getragen werden und können zu Verschuldungen führen.

Familien des unteren Mittelstandes

Die Kürzung der Prämienverbilligung trifft also genau jene, die bereits heute verhältnismässig die grösste Steuerlast tragen. Auf ihrem Buckel soll nun der Staatshaushalt saniert werden, der durch die bürgerliche Politik in Schiefelage geraten ist. Familien und Haushalte des unteren Mittelstandes sollen jetzt dafür büssen, dass die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Nicht mit uns! Beim Unterschrif-

tensammeln für das Referendum hat sich gezeigt, dass dies sehr viele Solothurnerinnen und Solothurner nicht wollen. Die 1700 Unterschriften konnten sehr schnell gesammelt werden.

80 % ist das Mindeste

Darum such das Gespräch mit den Menschen und zeig auf, was diese Kürzung für Familien des unteren Mittelstandes bedeuten kann. Die Bürgerlichen versuchen die Leute zu verunsichern, indem sie behaupten, dass genau diese Familien die Ergänzungsleistungen für Familien beantragen können. Dies stimmt aber nur, solange die Kinder noch nicht 6 Jahre alt sind. Gerne hätte die SP die Altersgrenze für die Bezugsberechtigung auf 12 oder 16 Jahre erhöht. Aber dies war chancenlos. Darum braucht es bei der Prämienverbilligung auch weiterhin mindestens den Kantonsbeitrag von 80 %.

Die Fraktion, Geschäftsleitung und die Delegierten der Kantonalpartei sagen *Nein zur Senkung der Prämienverbilligung*. Nein zu dieser unsozialen Massnahme auf Kosten der Familien mit Kindern.

Die Kürzung trifft jene, die bereits heute die schwerste Steuerlast tragen.

Fränzi Burkhalter-Rohner,
Fraktionspräsidentin,
Biberist
fraenzi.burkhalter@
bluewin.ch

Einkommen Fr. 55 000.–

- Familie mit 2 Kindern
- Familie mit 1 Kind
- Familie mit 2 Kindern und 2 Jugendlichen
- Familie mit 1 Kind und 1 Jugendlichen

Auswirkungen der Kürzung der Prämienverbilligung:

- 1127 Franken
- 468 Franken
- 6887 Franken
- 3071 Franken



Aus dem Kantonsrat

Für Steuersatzkorrektur

Traditionell stand anlässlich der letzten Session des Jahres der Voranschlag des kommenden Jahres im Mittelpunkt. Umstrittenster Punkt war dabei die Erhöhung des Steuerfusses für natürliche Personen um 2 auf 104 Prozent. Die SP warnte bereits bei der Steuersenkung von 104 auf 100 Prozent vor diesem teuren und fatalen Fehler. Inzwischen sind die grossen Defizite eingetroffen und bestätigen, dass diese Senkung kurzfristig und falsch war. Der Kantonsrat nahm jetzt mit Unterstützung der SP die nötige Korrektur vor, indem er den Steuerfuss wiederum auf 104 Prozent festsetzte. Nur über Sparmassnahmen sind ausgeglichene Rechnungen nicht möglich.

Für weniger Steuern für tiefe Einkommen

Die SP setzt sich grundsätzlich für eine gerechtere Steuerpolitik ein. Ein Auftrag von **Susanne Schaffner**, Olten, forderte darum eine Senkung der Steuerlast für tiefere Einkommen. Im Kantonsranking steht der Kanton Solothurn diesbezüglich an zweitletzter Stelle. Es muss festgestellt werden, dass die hohe Steuerbelastung von bescheidenen Einkommen zu Eingriffen in das Existenzminimum führt. Es sei «ein Hohn gegenüber Menschen mit bescheidenem Einkommen, diese nicht entlasten zu wollen», so Schaffner im Kantonsrat. Leider fand der Auftrag keine Mehrheit. Die SP wird das Thema «Steuergerechtigkeit» weiterverfolgen.

Für moderne Anstellungsbedingungen für alle

Ein Auftrag wollte bewirken, dass «Chefbeamte» des Kantons Solothurn nicht mehr dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt wären. Da der GAV sich für alle Angestellten des Kantons bewähre, Kadermitarbeiter bereits jetzt bei Kündigungsvorschriften keinen besonderen Schutz geniessen würden und mit dieser Forderung «Wildwuchs» in Lohnfragen möglich sei, sprachen sich **Fränzi Burkhalter**, Biberist, und **Simon Bürki**, Biberist, im Namen der SP-Fraktion gegen solche Sonderregelungen aus. Entsprechend lehnte der Kantonsrat das Anliegen grossmehrheitlich ab.

Für erneuerbare Energien

In seiner Antwort zu einem Vorstoss zu möglichen Sicherheitsrisiken von Photovoltaikanlagen konnte die Regierung unter anderem aufzeigen, dass Solarmodule zu 96 % recycelt werden können, dass Brandereignisse mit Solaranlagen statistisch sehr selten vorkommen, dass Brandüberreste fachgerecht entsorgt werden können oder dass die Brandbekämpfung bei Solaranlagen Thema in der Aus- und Weiterbildung der Feuerwehr ist. Die Photovoltaik ist ein wichtiger Faktor in der Umsetzung der neuen Energiestrategie. Die SP steht ein für die erneuerbaren Energien, will diese weiterentwickeln und damit zur Energie-

wende beitragen. Auch der Nationalrat hat kürzlich kundgetan, dass die Nutzung von erneuerbaren Energien zum nationalen Interesse erklärt werden soll.

Für starken ÖV

Nachdem im Sommer 2014 die Region Solothurn durch eine mögliche Stilllegung der Zugverbindung Solothurn-Moutier aufgeschreckt wurde, folgte im Herbst bereits die nächste Hiobsbotschaft: Der stündliche Halt der IR-Züge Biel–Olten–Zürich in Grenchen Süd soll laut dem Referenzkonzept des Bundesamtes für Verkehr wegfallen. Die SP reichte anlässlich dieser Session darum einen Vorstoss ein, welcher diese mögliche verkehrspolitische Herabstufung des Kantons Solothurn thematisiert. Die Stärkung der Standortattraktivität und der Entwicklung des Kantons Solothurn, speziell auch der Region Grenchen, bedingt ein leistungsfähiges, kundenfreundliches ÖV-Angebot.

Für Flüchtlingshilfe vor Ort

In einem Vorstoss will **Franziska Roth**, Solothurn, vom Regierungsrat wissen, ob er sich vorstellen kann, sich am Hilfsprojekt «100 winterfeste Baracken für die Flüchtlinge aus Kobane» zu beteiligen. Die Türkei musste in den letzten Monaten Hunderttausende von Flüchtlingen aus Syrien aufnehmen. Diese sind in grossen Lagern in provisorischen Zelten untergebracht. Der Winter in diesem Gebiet ist äusserst hart, so dass die Flüchtlinge – insbesondere Familien mit Kindern und alte und kranke Menschen – die nächsten Monate unter schwierigen Bedingungen verbringen müssen. Hier ist rasche Hilfe vor Ort nötig!



Zum zweiten Vizepräsidenten des Kantonsrates für das Jahr 2015 wurde **Urs Huber**, Obergösgen, mit einem sehr guten Resultat gewählt. Herzliche Gratulation

*Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch*

AGENDA

- 29. Januar **Parteitag** in Olten
- 8. März **Abstimmungssonntag**
- 12. März **Aktuell aus Bern** in Balsthal
- 28. März **Nominationsparteitag** in Grenchen (tagsüber)
- 1. Mai **Tag der Arbeit**
- 21. Mai **Parteitag** in Starrkirch-Wil
- 31. Mai **9. Fussball-Plauschturnier** in Olten
- 11. Juni **Aktuell aus Bern** in Hofstetten
- 14. Juni **Abstimmungssonntag**
- 29. August **125 Jahre SP Kanton Solothurn Jubiläumsanlass** in Solothurn mit Bundesrat Alain Berset
- 17. September **Aktuell aus Bern** in Starrkirch-Wil
- 18. Oktober **National- und Ständeratswahlen**
- 19. Oktober **Parteitag** in Solothurn
- 10. November **Treffen ehemaliger Kantonsratsmitglieder**
- 10. Dezember **Aktuell aus Bern** in Obergerlafingen

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Solothurn, Postfach 1555, 4502 Solothurn, Telefon 032 622 07 77, info@sp-so.ch, Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 45-2794-3 (SP Kanton Solothurn), Redaktion: Nik Wepfer
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 16. Februar 2015

Bitte vormerken!

BILDUNGS- WERKSTATT WILLI RITSCHARD 2015

www.wrb-so.ch

I. Freitag, den 13.2., 19.15 bis 21.30 Uhr und Samstag, den 21.2., 9.15 bis 13 Uhr in Solothurn
«Die unvollendete Demokratie: welche notwendigen Reformen sind unsere Prioritäten?»

II. Freitag, den 26.6., 19.15 bis 21.30 Uhr und Samstag, den 4.7., 9.15 bis 13 Uhr in Grenchen
«Wie kann sich Europa finden? Tendenzen und Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Demokratie»

III. Freitag, den 28.8., 19.15 bis 21.30 Uhr und Samstag, den 5.9., 9.15 bis 13 Uhr in Olten
«Solothurner sozialdemokratische Politik als Utopie: Was könnte wie anders und besser werden?»